

Vorrang für sichere Jobs - Ruf nach staatlichen Hilfen



Um diesen Stempel zu verhindern, ziehen Gewerkschaften und Arbeitgeber derzeit an einem Strang.
(dpa)

Düsseldorf/Münster - Der Pilotabschluss in der nordrhein-westfälischen Metall- und Elektroindustrie steht. Gewerkschaften und Arbeitgeber ziehen erstmals an einem Strang, um vorrangig Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern.

Doch ein Beschäftigungspakt allein werde nicht ausreichen, warnt der Deutsche Gewerkschaftsbund. Bundesagentur oder Bundesregierung müssen zusätzlich „flankierend eingreifen“, forderte gestern Nordrhein-Westfalens DGB-Chef Guntram Schneider im Gespräch mit unserer Zeitung.

Bei weiter verkürzten Arbeitszeiten auf bis zu 26 Wochenstunden müsse der geplante Teillohnausgleich von Sozialabgaben frei

bleiben. „Wovon sollen die Menschen bei einer Halbierung der Einkommen denn noch leben?“, so Schneider. „Die Krise ist längst nicht überwunden.“

Wenn der Staat die Tarifparteien nicht unterstütze, überlegten sich viele Mittelständler, ob sie das Instrument der Kurzarbeit fortsetzen sollten. „Die Folge wären betriebsbedingte Kündigungen“, sagte Schneider. Auch IG-Metall-Chef Berthold Huber hatte zuvor den Staat aufgerufen, Sozialbeiträge von Kurzarbeitern durch die Nürnberger Bundesagentur über 2010 hinaus zu übernehmen.



NRW-DGB-Chef Guntram Schneider
(Foto: Jürgen Peperhowe)

„Zu teuer“, erklärte demgegenüber NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann. Er sprach sich gegen eine generelle Verlängerung des Kurzarbeitergeldes aus.

Derweil steuern Gewerkschaften und Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie in NRW auf einen Pilotabschluss für die 3,4 Millionen Beschäftigten im gesamten Bundesgebiet zu. Es werde ein faires und schnelles Ergebnis angestrebt, betonte ein IG-Metall-Sprecher vor Beginn der zweiten Gesprächsrunde.

Keine Einigung ist derzeit im Tarifstreit der Lufthansa in Sicht. Die Vereinigung Cockpit rief gestern 4500 Piloten in Passagier- und Frachtmaschinen sowie bei Germanwings zu einem viertägigen Ausstand ab Montag auf. Bei einer Urabstimmung votierten mehr als 93 Prozent des Personals für den Arbeitskampf. Hintergrund ist ein Streit über die Arbeitsplatzsicherung.

VON **MICHAEL GIESE**, MÜNSTER

17 · 02 · 10

URL: http://www.ahleener-zeitung.de/aktuelles/top_thema_1/1272870_Vorrang_fuer_sichere_Jobs_Ruf_nach_staatlichen_Hilfen.html

© Ahlener Zeitung - Alle Rechte vorbehalten 2010